

v. Gadolin, Axel

Article — Digitized Version

Wirtschaftliches Wachstum und Verteilungsprobleme im Grenzland Finnland

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: v. Gadolin, Axel (1960) : Wirtschaftliches Wachstum und Verteilungsprobleme im Grenzland Finnland, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 40, Iss. 9, pp. 514-521

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/133023>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

sche Einzelhandel noch sehr wenig konzentriert ist. Allerdings kann man in dieser Beziehung eine äußerst günstige Entwicklungstendenz feststellen. Der Anteil der konzentrierten Handelsbetriebe am Gesamtumsatz stieg zwischen 1950 und 1958 von 4,5 auf 9,2% (nach einer auf anderen Grundlagen aufgestellten Statistik). Der Anteil der Handelsunternehmen, die keine Arbeitskräfte beschäftigten, ging zwischen 1950 und 1958 von 66,72 auf 55,9% zurück. Dagegen erhöhte sich der Anteil der Betriebe mit mehr als zehn Arbeitskräften von 1,94 auf 2,5%, die Gruppe mit sechs bis zehn Arbeitskräften von 1,86 auf 2,6%, und schließlich stieg der Anteil in der Großengruppe zwischen einer und fünf Arbeitskräften von 29,47 auf 39,0%. Die Zahl der Verkaufsstellen entwickelte sich in entgegengesetzter Richtung als diejenige der Einwohner, d. h. in fünf Jahren ging sie um 4,1% zurück, während sich gleichzeitig die Bevölkerung um 4,3% vermehrte. Dies bedeutet, daß 1959 auf jede Verkaufsstelle 8% mehr Kunden kamen als 1954. Die Verringerung der Verkaufsstellen im selbständigen Einzelhandel ist aber größer, als diese Durchschnittszahl erkennen läßt, denn sie wird durch neue Filialbetriebe oder neuerichtete Zweigstellen von Warenhäusern wieder zum Teil kompensiert.

Ein nicht zu unterschätzender Faktor ist auch die schrittweise Modernisierung des Einzelhandels. In wenigen Jahren entstanden in Frankreich 1 663 Selbstbedienungsläden, wovon 293 aus umgestalteten selbständigen Einzelhandelsgeschäften und bezeichnenderweise nur 23 aus dem Genossenschaftswesen hervorgingen, das in Frankreich eine wenig befriedigende Rolle spielt, kaum dynamisch ist und häufig nach sehr unrationellen Methoden arbeitet. Anfang 1960 gab es dagegen nur rund zehn Supermarkets. Diese Form der Warenverteilung dürfte sich jedoch in nächster Zu-

kunft erheblich ausdehnen. Einige große Gesellschaften wurden hierfür unlängst gegründet oder befinden sich in Vorbereitung.

Für die kommenden Jahre darf man in den Landbezirken nur mit einer langsamen Rationalisierung des Warenverteilungsapparates rechnen, wobei allerdings nicht ausgeschlossen ist, daß sich fahrende Kettenläden, die sogenannten Bazarlastwagen, stärker durchsetzen, wenn es gelingt, diese Vertriebsart den fliegenden Händlern zu entziehen und konzentrierten Unternehmen zu überlassen. In den Städten darf man dagegen eine ziemlich schnelle Konzentration erwarten, besonders in neuen Stadtvierteln, die sofort Einheitspreisgeschäfte, Supermarkets usw. erhalten werden, so daß für den selbständigen Einzelhandel nur noch wenig Raum bleibt. Bremsend auf die Modernisierung des Handels wirkt seine ungenügende finanzielle Grundlage. Bei einem Durchschnittsumsatz von 175 000 NF pro Geschäft und Jahr hat der selbständige Einzelhandel häufig nur die Wahl zwischen Verschwinden und Weitervegetieren. Nur 1,33% des mittelfristigen Kredits ging im Durchschnitt der letzten Jahre an den Handel. Hiermit läßt sich nicht viel anfangen. Schließlich fehlt es an der Ausbildung. Die Produktivitätsanstrengungen und das gesamte Schulungswesen betrafen bisher viel stärker Industrie und Landwirtschaft als den Handel. Es darf darauf hingewiesen werden, daß das Handelsschulwesen in Frankreich viel weniger ausgebaut wurde als in Deutschland oder in der Schweiz. Inzwischen versucht der Einzelhandel, sich trotzdem zu behaupten, sei es durch besseren Kundendienst, sei es durch seinen Zusammenschluß in Einkaufsgenossenschaften, die eine günstigere Preisgestaltung ermöglichen, sei es durch eine stärkere Spezialisierung. Eine zielbewußte Schulungs- und Produktivitätspolitik wäre aber auch vonnöten.

Wirtschaftliches Wachstum und Verteilungsprobleme im Grenzland Finnland

Dr. Axel v. Gadolin, Helsinki

Die wirtschaftsgeographische Ausstattung Finnlands ist sehr einseitig. Jahrhunderte hindurch war Finnland ein dünn besiedeltes Bauernland, dessen Scholle rund die Hälfte der physischen Produktivität der dänischen Scholle besitzt. Das Holz, das im Überfluß vorhanden war, konnte — von Brennholz und Bauholz abgesehen — nur an den Küsten Verwendung finden. Im Süden wurde mit Hilfe von Holzkohle in spärlichem Umfang Eisen gewonnen. Auch Schiffbau kam vor. Die Entwicklung der Sägeindustrie und später der Papierherstellung brachte hier bereits im vorigen Jahrhundert eine bedeutsame Wandlung. Seit der Jahrhundertwende bezahlt Finnland seinen wachsenden Import hauptsächlich mit Erzeugnissen seiner stetig ausgebauten Holzveredelungsindustrie. Immerhin blieb die Landwirtschaft bis zum zweiten Weltkrieg der Erwerbszweig für die Mehrheit der Bevöl-

kerung. Die Neuansiedlung der geflüchteten Karelier gab der Landwirtschaft auch in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg nochmals einen künstlichen Auftrieb.

WIRTSCHAFTLICHE STRUKTUR

Von der Landfläche Finnlands sind 71,6% oder 21,8 Mill. ha mit Wald bedeckt, während das Ackerland nur 8% ausmacht. Teilt man Finnland je zur Hälfte in einen Süd- und einen Nordteil, entfallen kaum 2% des Ackerlandes auf den nordfinnischen, aber 14% auf den südfinnischen Teil. Hauptgetreidearten sind Weizen, Roggen und Gerste. Während sich der Weizenanbau, der erst von 1920 an festen Fuß faßte, gut gehalten hat, ist der Roggenanbau zurückgegangen. Hier wirkt die russische „Konkurrenz“ mit, die es überhaupt so weit gebracht hat, daß der Selbstversorgungssatz Finnlands mit Brotgetreide von 85% auf

rd. 40 % nach dem Kriege zurückging. Gegenwärtig ist dieser Prozentsatz wieder im Steigen begriffen, wenn auch vielleicht nur vorübergehend; er erreichte 1959 wieder 60 %. Die Kartoffelernte (1—1,5 Mill. t) ist für die Selbstversorgung statistisch ausreichend. Der Zuckerrübenanbau deckt etwa ein Viertel des Rohzuckerbedarfs.

Die durch die Ansiedlung der ausgewanderten Karolier verkleinerten Anbauflächen haben in Verbindung mit einer staatlichen Subventionspolitik die Viehwirtschaft auf Kosten der Getreidewirtschaft gefördert. Die jährliche Milchproduktion (über 2 Mrd. l), die Butterherstellung und die Käseproduktion bieten eine Selbstversorgungsquote von rd. 150 %, eine Lage, die heikle Exportprobleme verursacht. Außerdem braucht die Viehwirtschaft bedeutende Importe an Kraftfutter. Jagd und Fischerei, die früher bedeutend waren, spielen volkswirtschaftlich kaum noch eine Rolle. Waldbeeren gibt es im Überfluß, nur lohnt sich das Pflücken bei den heutigen Stundenlöhnen nicht.

Man ist sich einig, daß die wirtschaftliche Zukunft des Landes ausschließlich in der Entwicklung der Industrie liegt. Die Forstpflge ist gut — ein Drittel des Waldbodens gehört dem Staat —, und die Holzmenge, die auf 1,5 Mrd. cbm geschätzt wird, geht nicht zurück. Der jährliche Zuwachs wird auf rd. 46 Mill. cbm veranschlagt, eine Zahl, die die jährliche Abholzung nicht überschreitet. Jedoch garantiert das statistisch errechnete Gleichgewicht bei der großen Wegelosigkeit nicht immer den örtlichen Ausgleich zwischen Zuwachs und Abholzung. Auch ist in Finnland eine riesige Verschwendung von Brennholz und Nutzholz festzustellen. Hier kann eine Rationalisierung des Holzangebot noch bedeutend steigern und damit die Basis der Holzindustrien erweitern. Dazu gehört übrigens eine Erhöhung des Veredelungsgrades des Holzes.

An Bodenschätzen ist Finnland sehr arm. Kohle und Erdöl gibt es gar nicht, dafür etwas Brennschiefer, der aber wirtschaftlich nicht nutzbar ist. Die großen Torfmoore bergen Kraftquellen, deren Ausnutzung jedoch bis jetzt nicht rentabel gestaltet werden konnte. Die Wasserkraft spielt eine weit unbedeutendere Rolle, als man angesichts der „Tausend Seen“ und der vielen Ströme glauben möchte, denn das Land ist ziemlich flach, die Fallhöhen sind daher unbedeutend und „langgestreckt“ und die Wassermengen unregelmäßig.

Trotz des stetigen Ausbaus besonders der großen nordfinnischen Wasserkraftquellen befriedigt die Wasserkraft kaum ein Viertel des Bedarfs an Industriestrom, und dieser Prozentsatz wird allmählich noch zurückgehen. Ein großes Projekt der gemeinschaftlichen Ausnutzung finnischer, norwegischer und schwedischer Wasserkräfte in Lappland kann zwar zu einer Erhöhung des Ausnutzungsgrades führen, kaum aber eine grundlegende Änderung schaffen.

An Mineralien kommen u. a. Eisen, Kupfer und etwas Nickel vor, jedoch ist der Metallgehalt der Erze im allgemeinen ungenügend. Immerhin ist eine Selbstversorgung auf diesen Gebieten denkbar: Die Kupfergewinnung in Outokumpu spielt bereits eine Rolle, und trotz der Rückschläge setzt man heute wieder große Hoffnungen auf die Eisengewinnung. Die großen Nickelgruben im Norden mußten mit der Eismeerprovinz Petsamo an die Sowjetunion abgetreten werden, man hat jedoch neue kleinere Nickelfundstätten entdeckt. Schließlich spielt auch Molybdän eine gewisse Rolle. Unter den Erdarten verdient der Kalkstein Erwähnung, und als Baustein ist der finnische Granit unübertroffen. Die Kiesmineralien enthalten Schwefel. Auch Uran kommt in Finnland vor.

SOZIALE ASPEKTE

Die Bevölkerung Finnlands von gegenwärtig 4,4 Mill. Einwohnern (davon 91 % Finnen und 9 % Schweden) ist um 20 % größer als die Bevölkerung Norwegens und um 5 % geringer als die Dänemarks, während Schweden eine Einwohnerzahl von 7,5 Mill. hat. Bei einer jährlichen Bevölkerungszunahme von 8,5 % scheint es nur eine Zeitfrage zu sein, wann Finnland Dänemarks Einwohnerzahl überholt haben wird. Die Bevölkerungsdichte, die mit durchschnittlich 14,4 Personen je qkm angegeben wird, weist große Unterschiede auf. So kommen im nördlichen Teil des Landes 4 und im südlichen Teil 24,5 Personen auf 1 qkm. Die städtische Bevölkerung umfaßt etwa 40 % der Einwohner, wobei die Grenze zwischen Städten und Dörfern allerdings fließend ist. Die großen Holzveredelungsindustrien arbeiten „auf dem Lande“, und hier wachsen weitgedehnte Ortschaften, die aber noch keine Städte sind.

Da die Bauern in der Regel auch Wald besitzen, ist die Grenze zwischen Landwirtschaft und Forstwirtschaft nicht immer klar zu ziehen. Man hat indessen

DER SEEHAFEN

BREMEN

BRÜCKE NACH ÜBERSEE



berechnet, daß die eigentliche Acker- und Viehwirtschaft — trotz der Neuansiedlung — heute knapp ein Drittel der Bevölkerung ernährt, während auf die eigentliche Forstwirtschaft rd. 10 % kommen. Schwierige sozialpolitische Aspekte erwachsen aus dem Umstand, daß die Land- und Viehwirtschaft nur mit rd. 12 % am Sozialprodukt beteiligt ist. Es wird mit anderen Worten — hauptsächlich aus sozialpolitischen Gründen — in Finnland eine unrationelle Landwirtschaft betrieben, die ohne Subventionen nicht auskommt. Die Landwirte, die weitgehend als Kleinbauern zu bezeichnen sind, sind im Reichstag mit 24 % der Stimmen vertreten und bilden ein linksgerichtetes Zentrum, das an allen Nachkriegsregierungen maßgeblich teilgenommen hat. Die übermäßige Subventionierung, die die finnischen Staatsfinanzen stark in Mitleidenschaft gezogen hat, hängt mit dieser politischen Schlüsselstellung eng zusammen.

Ein weiteres Drittel der Bevölkerung bezieht ihren Lebensunterhalt aus der Industrie. Die Entwicklung in der Nachkriegszeit wurde besonders durch zwei Ereignisse geprägt: einmal veranlaßten die an die Sowjetunion zu liefernden Reparationsgüter einen umfangreichen Ausbau der Metallindustrie und zum anderen verursachte der politische Linksrutsch ein überproportionales Ansteigen der Reallöhne. Die Wirrmis einer Inflation gewaltigen Ausmaßes, die selbst eine Menge sozialer Spannungen schuf, hat diesen Prozeß verschleiert. Die Flüchtlinge und Arbeiter erhielten in frühem Stadium den vollen Schutz der Indexklausel; die wirtschaftlichen Opfer wurden weitgehend von den bürgerlichen Schichten gefordert. Während die Preissteigerung gegenüber dem Normaljahr 1938 das 20- bis 25fache beträgt, nahmen die Arbeitslöhne um rd. 40 % zu. Außerdem wurden zahlreiche soziale Reformen durchgeführt.

Diese für ein von der Inflation beherrschtes Land eigenartige Entwicklung hatte sowohl innen- als auch außenpolitische Ursachen. In den Jahren der Zwangslieferungen 1944 bis 1952 bestand ein außerordentlicher politischer Druck: Konnte Finnland die Reparationsgüter nicht planmäßig liefern, war es um seine Selbständigkeit geschehen. Der Staat bezahlte, und die Privatindustrie lieferte. Die Industrie brauchte aber Arbeitsfrieden, und so war der Staat gezwungen, alle Lohnsteigerungen zusätzlich in Rechnung zu ziehen. Um die Stimmen der Arbeiter aber warben gleichzeitig die aus Moskau zurückgekehrten finnischen Kommunisten und die heimischen Sozialdemokraten, die fast gleich stark — etwa je ein Viertel — schon im ersten Nachkriegsreichstag vertreten waren. Wer mehr versprach, dem fielen die Stimmen zu. Entscheidend blieb jedoch die Frage, ob die Sowjets nach Ablauf der Zwangslieferungen die Erzeugnisse der neu erbauten Fabriken im „zivilen“ Handel übernehmen würden. Sie taten es, und man konnte nun auf dem höheren Lohnniveau ein normales Geschäft aufbauen. Die Kapazität der finnischen Metallindustrie, die früher nur für den Binnenmarkt gearbeitet hatte, hatte sich um mehr als das Doppelte erhöht, die Kapazität der Werften sogar um das Sechsfache.

So wurde die Metallindustrie, die heute etwa 100 000 Arbeitskräfte beschäftigt, zum größten Arbeitgeber der finnischen Industrie. Dagegen waren die Erfordernisse der Holzveredelungsindustrie zurückgestellt worden; unter den Reparationslieferungen war dieser wichtigste Industriezweig Finnlands nur mit einem Drittel vertreten. Ihren konjunkturellen Aufschwung erfuhr die Holzveredelungsindustrie durch den Korea-Konflikt, der die „terms of trade“ für Holz- und Papierwaren auf eine ungeahnte Höhe brachte; auch nach dem Abflauen blieben sie um 30 % über dem Vorkriegsniveau. So war auch diese Industrie in der Lage, die neuen Löhne zu zahlen und an Verbesserungen heranzugehen, obwohl das staatliche Währungsmonopol ihr den größten Teil der Marktgewinne durch einen Zwangskurs abschöpfte. Die Holzveredelungsindustrie beschäftigt heute rd. 80 000 Arbeitskräfte regelmäßig und kommt für 70—75 % des Gesamtexportwertes auf, während auf die Metallindustrie rd. 15 % des Ausfuhrwertes entfallen.

Nur ein Viertel der Gesamtbevölkerung findet ihren Lebensunterhalt außerhalb der Land- und Forstwirtschaft und der Industrie: 6 % im Handel, 7 % im Verkehrswesen und rd. 10 % in Dienstleistungen (einschließlich Verwaltung). Eine arbeitspolitisch schwierige Aufgabe ist die Durchführung der großen staatlichen Abholzungen in Nordfinnland, die eine Winterseasonarbeit darstellen. Hier beteiligen sich auch zahlreiche Kleinbauern, die im Winter keine andere Beschäftigung haben. Eine bis in die jüngste Zeit stark vernachlässigte Aufgabe ist der Straßenbau. Die erforderlichen Bauten kommen sehr langsam voran, da sie als Notstandsarbeit vom Staat betrieben werden.

Politisch war in der Nachkriegszeit — nach Ausschaltung der Kommunisten aus den Regierungen seit 1949 — die sogenannte rot-grüne Koalition in Finnland vorherrschend, die lange Zeit über eine knappe, aber deutliche Mehrheit im Reichstag verfügte. Sie wurde durch die Teilnahme der kleinen finnischen Volkspartei (Liberale) und sogar der Partei der Finnlandschweden, die heute auch überwiegend liberal ist, häufig gestärkt. Eine mit der Präsidentenwahl 1955/56 eingeleitete eigenartige Zusammenarbeit zwischen den Kommunisten und den Landwirten führte im Spätherbst 1958 zum Scheitern dieser Koalition. Die darauf folgende Abspaltung einer Gruppe Linkssozialisten aus der Sozialdemokratie, die dadurch zwar geschwächt wurde, deren übrige Mitglieder nun aber scharf antikommunistisch eingestellt sind, wurde Intrigen der Landwirte zugeschrieben, die eine „Volksfront“ mit den Kommunisten und den Linkssozialisten bilden wollten oder mindestens danach zu streben schienen. Dies veranlaßte die orthodoxe Sozialdemokratie zu einer härteren Haltung gegenüber der übermäßigen Subventionierung der finnischen Landwirtschaft. Bisher hatten drei Viertel des finnischen Parlaments — Kommunisten, Sozialdemokraten und Landwirte — den Staat derart in das Wirtschaftsleben einbezogen, daß die finnische Volkswirtschaft fast als halbstaatlich betrachtet werden konnte. Das Budget war übermäßig angeschwollen, und Garantien gegen die stetig, wenn auch in langsamerem Tempo fortschreitende In-

flation konnten nicht geleistet werden. Kinderbeiträge, Volkspensionen, Bauzuschüsse, Kreditgewährungen, Staatsgarantien, Vorschüsse und eine ständig wachsende Bürokratie sorgten dafür, daß das Budget trotz einer außerordentlichen Steuerlast immer Defizite aufwies, die mit steuerfreien, hochverzinslichen Staatsobligationen mit Indexgarantien gedeckt wurden.

Die verhältnismäßig große Arbeitslosigkeit der Jahre 1957 und 1958/59 mahnte zur Vorsicht. Auch die Mißwirtschaft in vielen großen Staatsbetrieben — so in den staatlichen Eisenerzgruben von Otanmäki — ließ Bedenken aufkommen. Von den bürgerlichen Kreisen und den Sozialdemokraten wurde hervorgehoben, daß die Zukunft des Landes in der Industrialisierung zu suchen sei und daß die Zersplitterung des Landbesitzes keinesfalls weitergetrieben werden dürfte, sondern eher rückgängig gemacht werden sollte. Eine besondere Verschärfung der Lage ist darin zu sehen, daß innerhalb des zu erwartenden großen Bevölkerungszuwachses während der sechziger Jahre gerade die arbeitsfähigen Altersklassen überproportional zunehmen werden. Das gilt besonders für die Altersklassen zwischen 15 und 24 Jahren, die Ende 1959 665 000 Personen umfaßten, Ende 1969 aber auf 900 000 Personen angewachsen sein werden.

Bisher hatte man übertriebene Eingriffe in die Verteilung des Sozialprodukts vorgenommen, wobei der Lebensstandard der Arbeiter und ganz besonders der Kleinlandwirte im Verhältnis zum tatsächlichen Güterangebot zweifellos zu hoch angesetzt worden war. Die fortdauernde Inflation verschleierte die Wirklichkeit. Heute ahnt man, daß das Investitionsproblem in den Vordergrund rücken muß, und zwar nicht das Problem der statistisch höchstmöglichen Investitionsquote, sondern das Problem der rationell bestmöglichen Investitionen. Gelingt es nicht, dieses Problem zu bewältigen, wird man sich vor eine zunehmende Arbeitslosigkeit, vor einen möglichen Zwang zu Auswanderungen und vor einen allgemeinen wirtschaftlichen Rückgang gestellt sehen.

HANDELPOLITISCHE PROBLEME

Die einseitige Wirtschaftsstruktur Finnlands machte den Außenhandel von Anfang an zu einem zentralen Problem. Dabei verfochten gewisse Kreise lange Zeit — und tun es noch immer — den Gedanken einer größtmöglichen Autarkie. Auf dem Gebiet der Landwirtschaft ließ sich die Selbstversorgung lediglich bei Fett und Fleisch durchführen. Aber auch die Fettversorgung aus der Eigenproduktion war problematisch: teils mußte man Kraftfutter und Düngemittel importieren, teils konnte der Staat auf die billigere Margarineherstellung aus importierten Ölen nicht verzichten (durch die Prämierung des neuerdings in Finnland eingeführten Rapsanbaus konnte auch für die Margarine eine teilweise einheimische Rohstoffbasis geschaffen werden). Die Autarkiebestrebungen, die durch Prämien, Subventionen, Zölle, billige Staatskredite und Lizenzhandel realisiert wurden, kamen dem Land immer teuer zu stehen. Auch die Verzögerung in Finnlands Anschluß an einen Handelsblock hängt hiermit zusammen.

Für eine Ausweitung seines Außenhandels, ohne die man auf die Dauer den Lebensstandard nicht hätte erhöhen können, war Finnland von Anfang an auf seinen einzigen bedeutenden Rohstoff, das Holz, angewiesen. Rohholz und Schnittholz — typische Sperrgüter — waren die wichtigsten Ausfuhrposten, bis die Zellstoff- und Papierkonjunktur einsetzte. Obwohl ein gewisser Holzexport geblieben ist, nimmt die Ausfuhr der Veredelungserzeugnisse (Sulfit- und Sulfatzellstoff, Zeitungspapier und sonstiges Papier) relativ zu. Der Gesamtwert der finnischen Ausfuhr betrug 1952 157 Mrd. Fmk und 1959 267 Mrd. Fmk. (Diese Zahlen lassen sich jedoch nicht unmittelbar miteinander vergleichen, weil durch die Abwertung im Jahre 1957 die Auslandswährungen eine Werterhöhung von 39% erfahren haben, während der Index der Großhandelspreise im gleichen Zeitraum nur um rd. 17% gestiegen ist. Auf dieser Wertgrundlage beträgt die reale Zunahme der finnischen Ausfuhr etwa 14%.) Während 1952 auf die Erzeugnisse der Holz- und Holzveredelungsindustrie über 80% des Gesamtausfuhrwerts entfielen, auf Papierwaren allein 40%, war der Anteil der Holz- und Holzveredelungserzeugnisse 1959 auf knapp 74% gesunken, wobei Papierwaren allein mit 44%, Rohholz dagegen nur noch mit 6% beteiligt waren. Demgegenüber konnten die Erzeugnisse der Metallindustrie ihren Anteil am Gesamtausfuhrwert von 7% 1952 auf etwas über 16% 1959 steigern.

Die eigenartige Entwicklung der Metallindustrie zur zweitgrößten Exportindustrie hängt bekanntlich mit einer gewissen „Ostbiegung“ der finnischen Handelsorientierung zusammen, und man kann sich des Eindrucks nicht ganz erwehren, daß die sowjetischen Käufe in Finnland vor allem einen politischen Hintergrund haben. Finnland schließt mit der Sowjetunion fünfjährige bilaterale Rahmenabkommen, innerhalb deren die jährlichen Kontingente zusammengestellt werden. Nun bereitet es Finnland jedoch seit Jahren die größten Schwierigkeiten, genügend Importwaren aus der Sowjetunion ausfindig zu machen. Gerade deswegen hat man auch auf eine volle Liberalisierung in Finnland verzichten müssen; so unterliegen z. B. Kraftwagen aus westlichen Ländern immer noch einer Einfuhrlizenz, damit die Automobilkäufer sowjetische Wagen abnehmen, die sonst keinen Absatz gefunden hätten.

Auch das Tauziehen um Finnlands Anschluß an die EFTA hängt mit diesem Fragenkomplex zusammen. Die Sowjets verlangen von den EFTA-Staaten stereotyp die Anwendung der Meistbegünstigungsklausel auch auf den Rußlandhandel. Die sieben „Stifterstaaten“ haben diese Forderung unter Bezugnahme auf das GATT zurückgewiesen, nur Finnland befindet sich handelspolitisch in einer ungünstigeren Lage. Wenn die Sowjets Repressalien ergreifen, ist die Metallindustrie gefährdet, deren Ausfuhr zu rd. 80% in die Sowjetunion geht. Sowohl eine wachsende Arbeitslosigkeit als auch politische Unruhen können die Folge sein, zumal die Gewerkschaft der Metallarbeiter einerseits die größte Gewerkschaft des Landes bildet, andererseits ziemlich kommunistenfreundlich eingestellt ist.

Dabei hat der finnische Rußlandhandel insofern ein natürliches Optimum, als die Sowjetunion auf die Dauer kein Interesse daran haben kann, finnische Holz- und Holzveredelungserzeugnisse zu übernehmen. Rußland besitzt genügend Holz — die größten Nadelholzreserven der Welt —, und die Holzveredelungsindustrie der Sowjetunion wird — unter finnischer Mitwirkung — zur Zeit stark ausgebaut. Für die Ausnutzung seines einzigen bedeutenden Rohstoffes ist Finnland daher völlig auf westliche Märkte angewiesen. Den gegenwärtigen Rußlandhandel, der mit einem neuen Rahmenabkommen bis 1965 festgelegt wurde, kann Finnland auch bei einem vollständigen EFTA-Anschluß ohne Schwierigkeiten aufrechterhalten. Dennoch macht Moskau Schwierigkeiten, deren Natur nicht ganz durchsichtig ist.

Etwa die Hälfte seines Außenhandels wickelt Finnland mit seinen drei wichtigsten Handelspartnern, Großbritannien, Sowjetunion und Bundesrepublik Deutschland, ab, wobei von der Gesamtausfuhr über 23 % auf Großbritannien, knapp 17 % auf die Sowjetunion und rd. 11 % auf die Bundesrepublik, von der Gesamteinfuhr je rd. 18 % auf die Sowjetunion und die Bundesrepublik und rd. 17 % auf Großbritannien entfallen. Weitere 7 % des finnischen Außenhandels werden mit den übrigen Ostblockstaaten, rd. 10 % mit Überseeländern getätigt und die restlichen 33 % mit den sonstigen westeuropäischen Ländern. Mit einem Anteil von 31,3 % der Gesamtausfuhr und 31,8 % der Gesamteinfuhr Finlands stellen die EFTA-Länder vor den EWG-Ländern (26,5 % der Gesamtausfuhr und 31,8 % der Gesamteinfuhr) und dem Ostblock einschließlich Chinas (23,5 % der Gesamtausfuhr und 24,5 % der Gesamteinfuhr) die wichtigste Gruppe im Außenhandel Finlands dar. Ein handelspolitisches Hineinzwängen Finlands in den Ostblock wäre standortmäßig ganz unnatürlich und würde in kurzer Zeit zu einer katastrophalen Senkung des Lebensstandards führen.

Die Ausfuhr an Waren und Dienstleistungen macht gegenwärtig etwas mehr als ein Fünftel des finnischen Bruttosozialprodukts aus. Ein noch nicht veröffentlichtes Experten-Gutachten¹⁾ rechnet mit einer Zunahme des Ausfuhrwertes (in Preisen von 1959) um 27 % bis 1965 und um 51 % bis 1970 gegenüber 1959. Das reale Volkseinkommen, von dem der Exportwert 1959 ein gutes Viertel ausmachte, soll bis 1965 um 25 % und bis 1970 um insgesamt 55 % anwachsen. Bei diesem großen Zuwachs würde also der Anteil der Ausfuhr ziemlich konstant bleiben. Das bedeutet, daß Finnland in zunehmendem Maße gerade für das westliche Ausland produzieren müßte.

Die Exportmöglichkeiten der verschiedenen Industriezweige sind dabei jedoch unterschiedlich. Der Hauptanteil der Ausfuhrerhöhung dürfte den chemischen Holzveredelungserzeugnissen zugute kommen. Nach internationalen Berechnungen soll die Nachfrage nach Zeitungspapier in Westeuropa (mindestens bis 1975) um durchschnittlich 5 % jährlich zunehmen, und das erwähnte Experten-Gutachten beurteilt die Export-

¹⁾ Produktionspolitisches Programm II des Komitees für Wirtschaftsplanung, April 1960.

möglichkeiten — innerhalb der EFTA — so günstig, daß es bis 1965 mit einer Steigerung der Zellstoff- und Papiaerausfuhr um 42 %, bis 1970 um 82 % rechnet. Dagegen dürfte die Ausfuhr von Rohholz sowohl absolut als auch relativ zurückgehen, während die Schnittholzausfuhr zwar relativ absinken, mengenmäßig jedoch das Niveau von 1959 halten dürfte.

Aber auch der Metallindustrie werden gute Zukunftsaussichten vorausgesagt. Der Rahmenvertrag mit der Sowjetunion setzt eine jährliche Steigerungsquote der Abnahme finnischer Metallerzeugnisse um 3—3,5 % voraus. Da Finnland in letzter Zeit auch im Westen Absatz für Schiffe, Papiermaschinen usw. gefunden und damit seine Wettbewerbsfähigkeit gezeigt hat, rechnet das Experten-Gutachten hier mit einer jährlichen Exportsteigerung um 4—7 %. Damit dürfte die Ausfuhr der Metallindustrie bis 1965 um 29 % und bis 1970 um 69 % zunehmen. Ferner rechnet man mit einer verhältnismäßig großen Ausweitung des gegenwärtig unbedeutenden Exports von chemischen Produkten, man hofft auch, die Ausfuhr von Eisenerz nach Schweden aufnehmen zu können. Insgesamt dürfte die Bedeutung des Rohstoffes Holz als Basis für die weitere Industrialisierung und besonders für die internationale Zahlungsfähigkeit Finlands wieder zunehmen, nachdem sie in den fünfziger Jahren etwas zurückgegangen war.

Die Einfuhr Finlands ist weitgehend von der Ausfuhr abhängig, zumal die Zahlungsbilanz nur ganz unbedeutende andere Aktivposten aufweist und auf lange Frist aufweisen kann. Nahrungsmittel, Investitionsgüter und Brennstoffe (Kohle und Öl) müssen in stetig wachsender Menge eingeführt werden. Während der fünfziger Jahre hat etwa die Hälfte der finnischen Einfuhr aus Rohstoffen und Halbfabrikaten bestanden, Brennstoffe machten gut 10 % aus, die Produktionsgüter haben ihren Anteil von 20 % auf 25 % erhöht, während 15 % der Gesamteinfuhr auf direkte Konsumgüter entfielen.

INVESTITIONSPROBLEMATIK

Die internationale Statistik über die Investitionsquoten der verschiedenen Volkswirtschaften scheint sich vielfach in einem luftleeren Raum zu bewegen. Zur Beurteilung der „Investition“ müssen Art und Ausreifezeit der Investitionen bekannt sein, dazu kommt das Problem einer rationellen Investitionstätigkeit, und ferner scheint es wichtig festzustellen, ob die Investitionen in privater oder in öffentlicher Regie vorgenommen werden.

Bauwirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und industrieller Ausbau sind sehr unterschiedliche Investitionsbereiche. Die Investitionsquote kann sich ganz unabhängig von dem gegenseitigen Verhältnis der Teilquoten bewegen, so haben viele Volkswirtschaften vom Typ des sogenannten Wohlfahrtsstaates der Bauwirtschaft unverhältnismäßig viel geopfert. Die Beurteilung einer rationellen Investitionstätigkeit wird durch die heute gebräuchliche Form der gemischten öffentlich-privaten Investitionen erschwert. Das Kriterium der Rentabilität kann überhaupt nur bei rein privaten Investitionen angewendet werden, weswegen

Fehlinvestitionen statistisch kaum mehr zu erfassen sind. Alle Staaten Westeuropas weisen phantastische statistische Investitionsquoten auf, deren tatsächliche Ergebnisse selten klargelegt werden. Auch für Finnland liegt die Investitionsquote bei rd. 32 % des Bruttosozialprodukts.

Die modernen sozialpolitischen Grundsätze haben es mit sich gebracht, daß man nicht so sehr nach dem Nutzen der Investitionen — geschweige denn nach der Rentabilität — fragt, sondern die Investitionstätigkeit aus der Perspektive der Arbeitsbeschaffung beurteilt. Man verzichtet dabei unter Umständen sogar bis zu einem gewissen Grad auf Mechanisierung, um mehr Beschäftigung anbieten zu können. So beschäftigte der Staat in Finnland während der großen Arbeitslosigkeit im Winter 1957 und 1958 die Arbeitslosen zu höchsten Tariflöhnen mit Straßenbauten, die absichtlich extensiv ausgeführt wurden.

In der finnischen Investitionsstatistik sind nach skandinavischem Brauch auch die Reparaturkosten mit einbegriffen, die etwa der Hälfte des statistisch ausgewiesenen Investitionswertes entsprechen dürften. Danach würde sich die Quote der Neuinvestitionen, nach der allein das Wachstum der Volkswirtschaft berechnet werden kann, um etwa 15 % bewegen. Nach der Statistik bestreiten in Finnland der Staat etwa ein Fünftel und die Aktiengesellschaften etwa vier Fünftel der Investitionen, aber auch hierbei wird die Grenze dadurch verwischt, daß es eine große Anzahl staatlicher Aktiengesellschaften gibt, die statistisch als „private“ Gesellschaften gelten. Eine solche Gesellschaft, die staatlichen Eisenwerke Oy Otanmäki, hat kürzlich Fehlinvestitionen von mehreren Milliarden Fmk zugeben müssen, nachdem man die nach privatrechtlichen Grundsätzen als „Konkurs“ anzusehende Situation jahrelang verschwiegen hatte; die Folge dürfte eine Sanierung mit neuen Haushaltsmitteln sein.

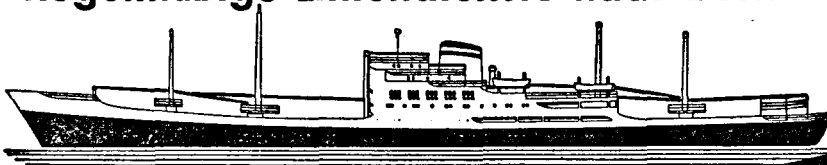
Weitere Schwierigkeiten bietet der Umstand, daß staatliche Kredite oder Kredite von Staatseinrichtungen und Staatsfonds in wachsendem Maße für formell private Investitionen verwendet werden. Auf diese Weise wurden Milliardenbeträge für unrationelle Zwecke in die Landwirtschaft gepumpt. Die Zerstückelung der alten finnischen Bauernwirtschaften, die die Neuansiedlung der Karelrier mit sich brachte, machte Neubauten nicht nur von Wohnhäusern, son-

dern auch von Wirtschaftsgebäuden erforderlich, während der alte Gebäudebestand nicht mehr zu verwenden war. Alles dies weist die Statistik als Investitionen auf. Es ist anzunehmen, daß bei allen staatlichen oder halbstaatlichen Investitionen zwischen „Inputs“ und „Outputs“ erhebliche Lücken klaffen. Dabei erhebt sich die Frage, ob es nicht ähnliche Beobachtungen waren, die zu der umfangreichen Dezentralisation der sowjetischen Staatsindustrien geführt haben.

Auch die Grenze zwischen Investitions- oder Produktionsgütern und Konsumgütern ist unklar. In Finnland dürfen z. B. alle Kraftwagen, auch die luxuriösesten Personenwagen, als Produktionsgüter betrachtet werden. Der Traktorenbestand der finnischen Landwirtschaft hat sich in den fünfziger Jahren — größtenteils durch einen „erzwungenen“ Import aus der Sowjetunion — um das Sechsfache (von 15 000 auf 90 000 Stück) vergrößert, bei den kleinen Anbauflächen bleibt dieser Traktorenpark aber weithin ungenutzt. Statistisch stellt er jedoch, auch mit Hinsicht auf die relativ hohe Abschreibungsquote, eine gute Investition dar. Man hat berechnet, daß die Realkapitalbildung innerhalb der formell privatwirtschaftlichen Landwirtschaft zu reichlich 20 % aus öffentlichen Mitteln bestritten wird.

Es leuchtet ein, daß nur eine verstärkte und wenn möglich rationellere Investitionstätigkeit das Wachstum beschleunigen kann. Trotz aller Fehlgriffe dürfte das Sozialprodukt Finnlands bei einer Vermehrung der Bevölkerung um knapp 20 % seit 1938 um etwa 50 % gestiegen sein. Nach den Berechnungen des Staatskomitees für Wirtschaftsplanung soll das Sozialprodukt von 1 000 Mrd. Fmk 1959 bis 1970 wiederum um 50 % steigen, wenn auch hauptsächlich, um den angeschwollenen arbeitsfähigen Jahrgängen bei wachsendem Lebensstandard Beschäftigung zu verschaffen. In ungefähr der Proportion, in der der Export ausgedehnt werden soll, sollen auch die Industriekapazitäten vergrößert werden. Dabei soll die Urbarmachung neuen Bodens und die weitere Zersplitterung der landwirtschaftlichen Betriebsfläche ein Ende nehmen. Aus der Landwirtschaft sollen bis 1970 jährlich 5 500 arbeitsfähige Personen herausgezogen werden, um in produktivere Beschäftigungen eingesetzt zu werden. Die jährlichen Bruttoinvestitionen in der Landwirtschaft brauchen in der kommenden Zehnjahresperiode nur von 27 Mrd. Fmk auf 31 Mrd. Fmk

Regelmäßige Liniendienste nach allen Teilen der Welt



HAMBURG-AMERIKA LINIE



HAMBURG 1
BALLINDAMM 25

(in Geldwerten von 1959) zu steigen, um den Beitrag der Landwirtschaft am Nettosozialprodukt von 119 auf 132 Mrd. Fmk zu erhöhen.

Hieraus geht hervor, daß man eine wirkliche — und längst fällige — Rationalisierung der Landwirtschaft zum Ziel hat. Wenn man vergleicht, daß 400 000 „Arbeitsjahre“ in der Landwirtschaft 1959 ein Gesamtprodukt von nur 119 Mrd. Fmk erzielten, während in der Forstwirtschaft 125 000 „Arbeitsjahre“ ein Produkt von 83 Mrd. Fmk hervorbrachten, die Produktivität der Forstflächen also unter Einsatz einer jährlichen Bruttoinvestition von 6 Mrd. Fmk — d. h. weniger als einem Viertel der Investitionen in der Landwirtschaft — doppelt so hoch ist, erhebt sich die Frage, ob es nicht rationeller wäre, die Ackerflächen wieder zu Forstböden werden zu lassen. Hiergegen sprechen aber soziale, nicht wirtschaftliche Gründe. Das Komitee hat auf der Grundlage eines auf 116 000 „Arbeitsjahre“ zurückgehenden Arbeitseinsatzes eine Zunahme der jährlichen Rohholzverkäufe von 83 auf 101 Mrd. Fmk innerhalb von zehn Jahren errechnet.

Das Ergebnis der Grubenindustrie soll von nur 4 Mrd. Fmk oder 0,5% des Nettosozialprodukts 1959 bis 1970 auf 11 Mrd. Fmk ansteigen, wobei allerdings Investitionen von 5—6 Mrd. Fmk jährlich notwendig sein werden, während der Arbeitseinsatz 2 000 „Arbeitsjahre“ nicht übersteigen soll. Die Metallindustrie soll ihren Anteil am Nettosozialprodukt von 71 Mrd. Fmk 1959 auf 152 Mrd. Fmk 1970 mehr als verdoppeln. Für diesen Ausbau müssen die jährlichen Investitionen von 14 Mrd. Fmk 1959 allmählich auf 34 Mrd. Fmk 1969/70 ansteigen, während der Arbeitseinsatz von 99 000 auf 133 000 „Arbeitsjahre“ erhöht werden soll. Die Holz- und Holzveredelungsindustrie, die am Nettosozialprodukt 1959 mit 63 Mrd. Fmk beteiligt war, soll ihren Beitrag bis 1970 auf 101 Mrd. Fmk erhöhen, wobei die jährlichen Investitionen von 28 Mrd. Fmk 1959 bis auf 42 Mrd. Fmk gesteigert werden müssen, während der Arbeitseinsatz angesichts der dominierenden hochrationalisierten chemischen Holzveredelung nur eine Erhöhung von 79 000 auf 87 000 „Arbeitsjahre“ erfahren soll. Die übrigen Industrien Finnlands, die fast ganz für den Binnenmarkt arbeiten und unter denen als bedeutendste die Nahrungsmittelindustrie, die Textil- und Lederindustrie sowie die Gummi-, Stein-, Ton-, Glas-, Asphalt- und die chemische Industrie wie auch die Rohölraffinierung zu erwähnen sind, sollen nach den Berechnungen des Komitees ihren Beitrag am Nettosozialprodukt von 108 Mrd. Fmk 1959 auf 179 Mrd. Fmk 1970 steigern. Dabei werden die jährlichen Bruttoinvestitionen von insgesamt 25 Mrd. Fmk auf 43 Mrd. Fmk und der Arbeitseinsatz von 175 000 auf 211 000 „Arbeitsjahre“ anwachsen. Eine besondere Gruppe stellen noch die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke dar, bei der das eigentümliche Verhältnis besteht, daß die Bruttoinvestitionen größer sind als die berechneten Anteile am Nettosozialprodukt. Sie wurden 1959 auf 19 Mrd. Fmk veranschlagt und sollen 1970 auf 53 Mrd. Fmk ansteigen, die Beschäftigung soll von 13 000 auf 18 000 „Arbeitsjahre“ zunehmen.

Insgesamt soll sich nach den Berechnungen des Komitees der Anteil der Industrieproduktion am Nettosozialprodukt in der kommenden Zehnjahresperiode von 302 Mrd. auf 557 Mrd. Fmk erhöhen, d. h. von 30% auf 37%, während die absolute Zunahme der Industrieproduktion 84% betragen wird. Die jährlichen Investitionen müssen bis zum Ende der Periode um 90% steigen, während der Arbeitseinsatz unter Berücksichtigung der fortschreitenden Automatisierung als Endergebnis nur eine Erhöhung um 24% erfahren wird.

Die Finanzierungsquellen zum Ausbau der finnischen Industriekapazität haben sich bisher durch eine kaum zu empfehlende Vielfältigkeit ausgezeichnet, wobei die Inflation eine große Rolle spielte. Das Komitee, das lediglich die industrielle Entwicklung unter den herrschenden und zu erwartenden Absatzmöglichkeiten aufzeigen wollte, geht auf das Finanzierungsproblem nur mit allgemeinen Empfehlungen ein. Dabei tritt es dafür ein, daß sich der Staat allmählich vom Kreditmarkt zurückzieht, und weist auf die Möglichkeit hin, internationales Kapital für die Anlage in der finnischen Industrie zu gewinnen (die internationale Verschuldung Finnlands beträgt gegenwärtig nur 240 Mill. \$). Auch die Neugründung staatlicher Aktiengesellschaften wird mit Recht kritisiert. Dabei ist allerdings die staatliche Betätigung auf dem Sektor der Energiegewinnung zu begrüßen. Wenige Änderungen der drückenden geltenden Steuergesetze, besonders hinsichtlich der Doppelbesteuerung der Aktien und der Umsatzsteuer, könnten der Spartätigkeit einen ganz anderen Impuls geben. Dagegen muß man allerdings zugeben, daß die stetige Inflationsgefahr in einem gewissen Sinne einen Anreiz zur Anlage freier Gelder darstellt, wie ungesund sie sich auch auf die direkte Sparkapitalbildung auswirkt.

NATIONALEINKOMMEN

Das Nationaleinkommen wird in der finnischen Statistik als das Nettosozialprodukt abzüglich des Nettobetrag der Auslandszinsen definiert (das Nettosozialprodukt wiederum erhält man, wenn man das Bruttosozialprodukt dergestalt bereinigt, daß jedem Erwerbszweig nur die von ihm durchgeführte Veredelung der übernommenen Rohware bzw. des Halbfabrikats zugerechnet wird). Der Wert des Nettosozialprodukts ist in Finnland um etwa 30% geringer als das Bruttosozialprodukt (1958: Bruttosozialprodukt 1 277 Mrd. Fmk, Nettosozialprodukt 965 Mrd. Fmk, Nationaleinkommen 961 Mrd. Fmk).

Vom Nationaleinkommen im Jahre 1958 entfielen 56% auf Löhne und Gehälter, 23% auf Einkommen der selbständig Erwerbstätigen (einschl. der Bauern), rd. 9% auf Gewinne der Unternehmungen (vor Abzug der direkten Steuern, die etwa die Hälfte ausmachen) und knapp 6% auf Zins-, Miet- und Pachteinkünfte. Von den Löhnen und Gehältern wurden 36,5% in der Industrie ausgezahlt, während 16% auf öffentliche Tätigkeiten entfielen (dieser Prozentsatz erfährt als Folge der zunehmenden Bürokratisierung eine stetige Erhöhung). Die Bauwirtschaft zahlte 14,5%, Handel, Banken und Versicherung 11%, das Verkehrswesen

9 %, die Forstwirtschaft 5,5 % und die Landwirtschaft — angesichts des selbständigen Kleinbauernturns — nur 3 %.

Die Statistik verzeichnet für 1958 einen privaten Verbrauch von insgesamt 685 Mrd. Fmk neben einem öffentlichen Verbrauch von 160 Mrd. Fmk. Als Folge des zunehmenden Einflusses des Staats und der Gemeinden können immer größere Gruppen einen Teil ihrer Lebenshaltung aus öffentlichen Mitteln bestreiten, d. h. sie haben einen Lebensstandard, der durch ihre Einkommen nicht begrenzt ist (auch leitende Personen von Aktiengesellschaften bestreiten einen bedeutenden Teil ihres Verbrauchs außerhalb ihrer privaten Einkommen durch Repräsentationsgelder und dergl.). Die hohe direkte Besteuerung und der erwähnte Prozeß der Bürokratisierung treiben die Entwicklung immer mehr in diese Richtung. Dabei ist zu beachten, daß die Art der Nachfrage und die Nachfrageelastizität sich ganz andersartig stellen je nachdem, ob sie in den Sektor des privaten oder des öffentlichen Verbrauchs fallen. So bemerkt man in Finnland eine starke Tendenz zur öffentlichen Verschwendung. Auch die überhöhten Hotel- und Gaststättenkosten werden oft damit erklärt, daß sie überwiegend aus Repräsentationsgeldern bestritten werden.

Finnland war in früheren Zeiten ein armes Land, das etwas abseits lag. Die Armut, vor allem der Tagelöhner, war bis zum ersten Weltkrieg groß, und Mißernten verursachten Hungerjahre. Zwei Agrarreformen haben den Kleinbauernstand geschaffen, der aber wirtschaftlich nicht lebensfähig ist und zum Teil als „soziale Einrichtung“ bezeichnet werden kann. Die Bauern wollen Staatshilfe in jeder Form und werden von einer regsamen und rücksichtslosen Partei vertreten. Die gesellschaftsrevolutionären Gedanken, die über Rußland bereits im vorigen Jahrhundert Einlaß gewannen, bewegten die landwirtschaftlichen Arbeiter mehr als die Industriearbeiter. Die landwirtschaftlichen Arbeiter formten die revolutionären Ideen aber dergestalt um, daß sie eine Enteignung der Landbesitzer zugunsten einer eigenen Scholle wünschten, die ihnen durch die Agrarreformen gegeben wurde.

Seit dem Kriege ist nun aber die Mehrheit des finnischen Volkes nicht mehr in der Landwirtschaft tätig. Es gelang der Gewerkschaftsorganisation, die Industrielöhne so stark in die Höhe zu treiben, daß Finnland heute wie das übrige Skandinavien ein Land hoher Arbeitslöhne ist. Trotzdem steckt in der finni-

schen Volksseele ein gewisser „Hang zum Osten“, der es auch erklärt, daß die Kommunisten trotz des stark verbesserten Lebensstandards über ein Viertel der Parlamentssitze verfügen. Die gewaltigen Inflationen haben die Kaufkraft der Finnmark von der Goldmarkzeit auf $\frac{1}{250}$ und von 1938 ab um $\frac{1}{25}$ gedrückt und große Vermögensumschichtungen verursacht. Trotzdem besteht in Finnland keine einmütige Meinung gegen die immer noch herrschende, wenn auch in langsamerem Tempo fortschreitende Inflation. Bei Budgetdefiziten greifen die Regierungen immer wieder, wenn auch gern auf Umwegen, auf die Notenpresse zurück.

Hinsichtlich der sozialen Einrichtungen stellt Schweden ein gewisses Ideal dar. Außerdem ist man gern amerikanisch modern, so daß Altes und Neues dicht nebeneinander stehen. Eine gewisse Rücksichtslosigkeit prägt das Leben, und der klägliche Ausgang der beiden letzten Kriege hat zu moralischen Umwertungen oder Abwertungen geführt. Die politische Auslese ist nicht die beste, was einer allseitigen Geschäftsfreudigkeit zunutze kommt. Die oft komplizierten und unklaren Gesetze brauchen nicht so ernst genommen zu werden, wenn man politisch auf der Sonnenseite steht. Es wird sehr viel Statistik gemacht, und es werden viele Empfehlungen vorgebracht. Man will sich aber im allgemeinen nicht gern entscheiden. Die Innenpolitik ist von einem „Schielen zum Osten“ nicht ganz frei.

Führende Politiker wie auch die Industriekapitäne und Handelsherren erreichen, wie bereits erwähnt, leicht einen Lebensstandard, der ihre offiziellen Einkommensverhältnisse weit übersteigt. Sonst hat die Nachkriegszeit jedoch weitgehend einen Ausgleich der Einkommen und teilweise der Vermögen herbeigeführt. Durch den finnischen Staatshaushalt geht heute reichlich ein Drittel des Sozialprodukts, und ein Teil des Steueraufkommens wird als „Einkommensübertragung“ dem privaten Bereich zurückerstattet. Man kann sagen, daß die Neuverteilung des Sozialprodukts ein Leitgedanke der Nachkriegsregierungen gewesen ist. Nun steht man vor der wichtigen Aufgabe, die Produktionsgrundlagen zu festigen und zu erweitern. Warnsignale gehen von der sporadisch großen Arbeitslosigkeit aus. Auch dem Verkehrswesen in dem weit ausgedehnten Land ist bisher keineswegs gebührende Aufmerksamkeit geschenkt worden. Zwei Hauptbedingungen für den Erfolg scheinen internationale Kredite und der Anschluß an die EFTA zu sein.

NORDDEUTSCHE KREDITBANK

AKTIENGESELLSCHAFT

Zentrale: Bremen, Obernstraße 2-12 · Telefon 2 17 11

Filialen in Bremerhaven, Bremen-Vegesack und Emden